

VERTRAULICH**B E S C H L U S S P R O T O K O L L I I****der 24. Sitzung des Bundesrates****vom 15. August 1990**

Herr Bundespräsident Koller begrüsst seine Kollegen zur ersten Sitzung nach der Sommerpause und gibt seiner Freude über die Freilassung der beiden IKRK-Delegierten in Libanon Ausdruck. Er dankt allen, die sich in den letzten zehn Monaten intensiv und unermüdlich für die Freilassung der beiden Delegierten eingesetzt haben, insbesondere EDA-Chef René Felber und seine Mitarbeiter.

Der Bundespräsident erinnert auch an die vom Bundesrat am 7. August getroffenen Sanktionen gegen Irak, die einen Akt der Solidarität mit der Völkergemeinschaft darstellen. Die Reaktionen haben gezeigt, dass die getroffenen Entscheide richtig waren. Als Präsident äussert er sich befriedigt darüber, dass der Bundesrat auch während der Ferien in der Lage ist, zeitgerecht Entscheide zu fällen.

Internationale Konferenzen

Herr Bundesrat Ogi unterstreicht erneut, dass die Schweiz in der Dritten Welt vermehrt Anstrengungen im Bereich der Familienplanung unterstützen sollte, so auch an der Conférence des Nations Unies sur les pays les moins avancés.

Was die 4. Konferenz zur Ueberprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen betrifft, so scheinen ihm die Instruktionen zu mager zu sein, vor allem wenn man die lange Dauer der Konferenz berücksichtigt. Auch wäre es sinnvoll, wenn die Verantwortlichen der Delegation mit dem Bundesamt für Energie Kontakt aufnehmen würden.

Herr Bundesrat Felber nimmt von diesen Wünschen Kenntnis und erläutert die Gründe, die zur Ersetzung von Botschafter von Arx geführt haben.

Information der Auslandschweizer

Der Antrag, die "Revue Suisse" doppelt so häufig als bisher erscheinen zu lassen, um die Information der Auslandschweizer im Hinblick auf die Gewährung des brieflichen Stimmrechts zu verbessern, ist bestritten. Die Auslandschweizer, die stimmen wollen, müssen selbst für ihre Information sorgen. Eine zu starke staatliche Information ist keine gute Voraussetzung für die Demokratie und soll vermieden werden. Andererseits aber ist der Wunsch der Auslandschweizer nach vermehrter Information verständlich und legitim. Es versteht sich von selbst, dass die Information in der vom Bund finanzierten "Revue Suisse" pluralistisch gestaltet werden muss. Der Rat ist mit dem Antrag einverstanden.



- 2 -

Aufsichtsbeschwerden

Zahlreiche Aufsichtsbeschwerden im Asylbereich werden von Hilfswerken initiiert, die vom Bund finanziell unterstützt werden. Dies ist problematisch, denn solche Eingaben haben meistens keine Aussicht auf Erfolg und werden nur eingereicht, damit ein definitiv negativer Entscheid hinausgeschoben werden kann. Die Lage sollte sich mit der Schaffung der unabhängigen Beschwerdeinstanz bessern.

Programme du Conseil fédéral en 1991

La proposition de prolonger d'une semaine les vacances d'été ne peut pas être acceptée, car le Conseil doit approuver le budget à la mi-août. Décision est par contre prise de repousser d'une semaine au 15 janvier la première séance de 1992.

Personalsituation im EDA

Der Bundesrat nimmt vom Bericht Kenntnis. Dies bedeutet aber nicht, dass über die Forderungen betreffend zusätzliches Personal auch schon jetzt entschieden wird. Sie werden gemeinsam mit jenen der andern Departemente behandelt. In der Diskussion wird angeregt, die Strukturen des EDA zusammen mit dem Beratungsdienst des Personalamtes zu überprüfen. Auch unkonventionelle Lösungen, wie der Verzicht auf Residenzbotschafter, sollten geprüft werden. Eine Vereinfachung der Strukturen, verbunden mit mehr Kompetenzen für die Botschafter selbst und eine klare Trennung zwischen Diplomatischem und Konsularischem Corps sollte angestrebt werden. Eine solche Studie ist bereits in Auftrag gegeben worden. Schon heute sind zahlreiche Botschafter gleichzeitig in verschiedenen Ländern akkreditiert und fungieren als "Reisebotschafter".

Rüstungsprogramm 1990

Nachdem im Rüstungsprogramm 1990 auf das neue Kampfflugzeug verzichtet worden ist, sind andere Beschaffungen vorgezogen worden. Dies gilt vor allem für das Sturmgewehr und die Kampfstiefel. Es ist ein Rüstungsprogramm für den Wehrmann, was für eine gute Motivation förderlich ist. Alle diese Beschaffungen präjudizieren Armee 95 nicht.

In Anbetracht der Finanzlage wird ein Bericht über die Finanzierung der künftigen Rüstungsausgaben gewünscht. Es wird eine Art "Verzichtsplanung" geben: damit die absolut notwendige Flugzeugbeschaffung vorgenommen werden kann, wird es nämlich unerlässlich sein, auf andere Vorhaben zu verzichten. Die Botschaft an das Parlament wird bereinigt, wobei insbesondere darauf geachtet wird, dass Aussagen vermieden werden, die im Widerspruch zu den GATT-Bestimmungen stehen könnten.

Voranschlag 1991 / Finanzplanung 1992-94

Herr Bundespräsident Koller unterstreicht die Notwendigkeit, die vom Bundesrat gesetzten Ziele zu erreichen. Alle Departemente haben Opfer zu erbringen, wenn man vermeiden will, dass das Parlament den Rotstift ansetzt. Das Ausgabenwachstum sollte für das Budget 1991 auf keinen Fall 6 % und für die Finanzplanung keinesfalls 5 % übersteigen. Herr Bundesrat Stich teilt diese Auffassung, umso mehr als die Wachstumsrate von 6 % auf einer sehr optimistischen Planung basiert. Zurückhaltung ist höchstes Gebot, weil die wirtschaftliche Zukunft ungewiss geworden ist. Ein Kollaps der Weltwirtschaft ist nicht auszuschliessen.

Lors de la discussion d'entrée en matière, tous les membres du Conseil s'accordent sur la nécessité de ne pas dépasser les 6 % que le Conseil s'est fixés. L'opération est néanmoins assez difficile, car si d'une part il faut limiter l'augmentation des dépenses, les départements doivent d'autre part être en mesure d'assumer leurs tâches. Dans ce contexte, l'attitude du Parlement est critiquée. Les mêmes parlementaires qui signent des motions pour demander toutes sortes de coûteuses interventions de l'Etat sont les premiers à exiger une discipline financière plus stricte. On fait remarquer qu'une fois de plus, les comptes de la Confédération boucleront en 1990 par des résultats nettement meilleurs que les prévisions budgétaires. Cette situation se répète, mais on la présente toujours comme étant due à des causes extraordinaires. L'analyse pessimiste de l'évolution économique dans les prochaines années est partagée. A court terme, il n'y a pas de problèmes, mais à partir de 1992 la situation pourrait changer.

Der Rat diskutiert über die verschiedenen Kürzungsanträge des Finanzdepartements. Soll die Zielvorgabe respektiert werden, geht es um Kürzungen von mehr als 1 Milliarde im Budget 1991. Auch wenn negative Folgen für die betroffenen Gebiete unvermeidlich sind, werden zahlreiche Kürzungen vorgenommen. Diese erlauben es aber immer noch nicht, die Zielvorgabe zu erreichen. Offen bleiben Kürzungen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung, Landwirtschaft und Strassenbau. Die zuständigen Departementschefs werden zusammen mit Herrn Bundesrat Stich vor der nächsten Bundesratssitzung eine Einigung suchen.

Stellenbegehren Voranschlag 1991

Insgesamt wurden 608 neue Stellen verlangt. Diese Zahl wird als zu hoch empfunden. Der Bundespräsident schlägt vor, dass alle Bundesräte und der Bundeskanzler mit dem Chef des EFD bilaterale Gespräche führen, um die dem Parlament zu beantragenden zusätzlichen Stellen auf 260 bis 280 zu reduzieren. Herr Bundesrat Stich ist mit diesem Vorgehen einverstanden; allerdings möchte er die Vorgabe unter 250 Stellen fixieren.

AUSSPRACHENVon-Wattenwyl-Gespräche

Die laufenden internationalen Verhandlungen (EWR, GATT, IWF) werden die einzigen Themen der nächsten Von-Wattenwyl-Gespräche mit den Bundesratsparteien sein. Die bundesrätliche Delegation wird bestimmt: Bundespräsident Koller, Bundesräte Stich, Delamuraz, Felber, Ogi und Bundeskanzler Buser.

Abgeltung im Bereich der Wasserwirtschaft

Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat haben sich für Abgeltungen von Nutzungseinschränkungen und Nutzungsverzichten im Bereich der Wasserwirtschaft ausgesprochen. Der Rat hat weiterhin grundsätzliche Bedenken und würde solche Abgeltungen lieber vermeiden. Diese Haltung ist aber aussichtslos, so dass Herr Bundesrat Cotti ermächtigt wird, im Parlament konstruktiv mitzuwirken, damit keine zu weit gehende Lösung getroffen wird. Insbesondere sollen diese Abgeltungen über einen Landschaftsrappen finanziert werden. Um Missbräuche zu vermeiden, wird der Bundesrat für eine "Kann-Formel" plädieren.

Rechtsgrundlage der Kaderorganisation für den Widerstand

Herr Bundesrat Villiger erläutert die Resultate einer Expertise, die im Gegensatz zur PUK zum Schluss kommt, dass die Kaderorganisation für den Widerstand im feindbesetzten Gebiet auf eine verfassungsrechtliche Grundlage abgestützt werden kann. Trotzdem soll für die Zukunft eine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden. Der Rat teilt diese Auffassung, wobei gegenüber der PUK die Haltung vertreten wird, eine verfassungsrechtliche Abstützung sei gegeben. Der Bericht wird der PUK EMD zugestellt.

Erhöhung der Konzessionsgebühren für Radio und Fernsehen

Nach Ansicht von Herrn Bundesrat Ogi benötigt die SRG zusätzliche Mittel, um ihren Auftrag zu erfüllen. Allerdings sollte anstelle einer Gebührenerhöhung von 30 % eine solche von 25 %, wie sie der Preisüberwacher vorgeschlagen hat, genügen. Wenn der Bundesrat rasch entscheidet, sollte die Gebührenerhöhung bereits auf den 1.11.1990 in Kraft gesetzt werden.

Falls eine Gebührenerhöhung zugestanden wird, sollte sie aber an verschiedene Bedingungen geknüpft werden. So sollte die SRG ihre Sparanstrengungen weiterführen und verstärken, den GAV überdenken und vor allem ihre unternehmerischen Strukturen überprüfen. Heute ist die SRG schwer zu führen, und die Verantwortlichkeiten müssen künftig klarer sein.

In der Diskussion wird dieser Auffassung grundsätzlich und weitgehend zugestimmt. Es wäre falsch, die Frage der Gebührenerhöhung mit derjenigen von mangelhaften SRG-Sendungen zu vermischen. Es wird aber auch vorgeschlagen, die SRG unter Druck zu setzen. Damit sie ihre Strukturen rasch revidiert, könnte man die Gebühren für ein Jahr nur um 15 % erhöhen und die restlichen 10 % erst nach erfolgten Strukturanpassungen gewähren. Es wird auch bedauert, dass die SRG den Rat vor vollendete Tatsachen gestellt hat: sie hat expandiert, neue Aufgaben übernommen und erst im Moment, da Schulden zu verzeichnen waren, einen Antrag auf Gebührenerhöhung gestellt.

UMFRAGENM. Delamuraz

- estime que les propositions avancées par le Parlement au sujet de son information en matière d'intégration européenne ne sont pas les meilleures. Il fera des propositions de remplacement.
- le président du Conseil national, M. Ruffy, se rendra en URSS et en Tchécoslovaquie. Si un département a des messages à faire passer à ces deux pays, il est souhaitable de profiter de cette occasion.

M. Felber

- annonce qu'il fera une visite officielle à Moscou fin octobre.
- l'Autriche a autorisé les avions militaires américains en route vers le Golfe à survoler son territoire. Jusqu'ici, il n'y a pas eu de requête officielle à la Suisse, même si l'Office fédéral de l'air a été interpellé. Le droit de la neutralité et une décision du Conseil fédéral de 1958 ne permettent en aucun cas de telles autorisations, car il s'agit de vols ayant un but stratégique. Les juristes du DFAE sont à ce sujet unanimes et formels. Si une requête devait être présentée, le Conseil sera appelé à trancher.
- exprime sa satisfaction au sujet de la libération des deux otages du CICR qui ont été emprisonnés, dans des conditions inhumaines. Ils étaient enfermés dans une petite chambre sans lumière et ont été constamment liés. Les ravisseurs ont toujours évité de leur parler ou de leur donner des informations. Même s'ils ont été libérés, les deux otages ont beaucoup souffert et sont atteints dans leur santé psychique. Ce n'est qu'à partir du mois de juin que les chefs d'Etat de l'Iran, de la Libye et de l'Algérie, ainsi que le chef de l'OLP ont publiquement demandé la libération des otages. La situation a pu se débloquer, car quel qu'un, sans doute la Libye, a payé la rançon que les ravisseurs demandaient. Il ne faut pas oublier qu'en ce moment, tous ces pays ont besoin des services du CICR. La Suisse n'a jamais été contactée directement par les ravisseurs, qui ont agi en tant que bandits et non pour des raisons politiques. Ni la Suisse, ni le CICR n'ont payé ni promis quoi que ce soit. Au cours de ces 10 mois, beaucoup de personnes ou d'organisations ont essayé de profiter de la situation pour atteindre leurs buts. Il a dès lors fallu suivre de très nombreuses pistes, qui se sont révélées fausses.

- 6 -

- Bundesrat Ogi - hat eine Informationsnotiz betreffend Radio Solothurn verteilt. Allfällige Bedenken gegenüber dem Vorgehen sollten ihm gemeldet werden.
- Bundesrat Villiger - Seit der Krise im Golf verteilt die UNA täglich Informationen zuhanden des Bundesrates.
- hat den rumänischen Verteidigungsminister zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Er interessiert sich sehr für das schweizerische Milizsystem. Das EMD wird die gewünschten Informationen geben.
- Bundespräsident Koller - schlägt vor, für die Klausursitzung vom 22. August nebst den Problemen der Organisation des Bundesrates, auch eine Aussprache über den Stand der Verhandlungen EWR, GATT und IWF sowie eventuell über die Frage der 28 Tonnen vorzusehen.
- Bundeskanzler Buser - Anlässlich der 700-Jahrfeier wird eine Frauensession durchgeführt. Die Benützung des Nationalratssaals ist zu bewilligen. Es ist möglich, dass Herr Bundesrat Cotti an dieser Veranstaltung sprechen muss.
- informiert über das Gesuch von Prof. Kreis, in die Akten von alt Bundesrat Feldmann Einsicht zu erhalten. Der Bundeskanzler wird diese heikle Frage näher prüfen.

20.8.1990 AC/Ba

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

geht an die

| | |
|---------------------------|-----|
| HH. Departementsvorsteher | (7) |
| Bundeskanzler | (1) |
| Vizekanzler | (2) |